

Wirtschaft & Staat vs. Mafia – Kriminelle Vereinigungen im Vergleich

Regierungen äußern sich stets kritisch über die Arbeit von Mafia, Kartellen und organisierten Kriminalität. Sie feiern Drogen- und Waffenfunde sowie Festnahmen von Größen aus der Unterwelt als Sieg gegen das Verbrechen. Mit der Forderung der CDU, den Zugriff auf das Vermögen krimineller Straftäter zu erleichtern, ist für mich die Zeit gekommen, ein Mal mehr denen genauer auf die Finger zu schauen, die das Maul aufreißen und Recht und Ordnung predigen.

Waffen-, Menschen- und Drogenhandel, Schutzgelderpressung, und Glücksspiel – dass diese Art der beruflichen Betätigungen nicht immer als illegal eingestuft werden, zeigt der direkte Vergleich zwischen Regierungen und Wirtschaft auf der einen und der Mafia auf der anderen Seite. Die weltweit herrschenden Regime mit der Mafia zu vergleichen ist selbstverständlich nur in einem gewissen Rahmen möglich. In einigen Bereichen funktioniert der Vergleich jedoch ganz gut. Im Zuge dessen betone ich an dieser Stelle, dass ich die Taten krimineller Personenkreise nicht rechtfertigen oder gar verharmlosen möchte. Die Vorgehensweise beider Seiten weisen jedoch Parallelen auf, die an dieser Stelle ein Mal aufgeführt werden sollten. Auch die Personalstruktur und Aufteilung der Machtbereiche weisen Gemeinsamkeiten auf.

Machtbereiche und Personalstrukturen

Gleich der Mafia teilen sich die Konzerne ihre Machtbereiche untereinander auf. Während es bei den kriminellen Organisationen um Bezirke, Städte oder Landstriche handelt, teilen sich Wirtschaft und Industrie wie zum Beispiel Mineralölkonzerne ihre »Zuständigkeitsbereiche« in Länder und Kontinente auf. Die Personalstruktur von Wirtschaft, Industrie und Mafia verläuft ebenfalls parallel. Die Wirtschafts-, Industrie- und Finanzwelt kann mit der Position des »Paten«, »Kiezkönig« oder »Kopf der Bande« verglichen

werden. Ähnlich wie Oberhäupter krimineller Organisationen, agieren auch die Mächtigen in der Wirtschafts-, Industrie- und Finanzwelt im Verborgenen und treten nur dann auf, wenn unbedingt nötig (Familie Quandt/, Familie Albrecht u.s.w.). Dahinter folgen die Befehlsempfänger. Die Bezeichnung für diese Personen lautet auf Seiten der »legal« agierenden, »Politiker«, »Richter« und »Staatsanwälte« zusammengefasst – Volksvertreter. Auf der »illegal« agierenden Seite werden sie unter anderem als »Rechte Hand vom Boss« betitelt. Sie haben dafür zu sorgen, dass die Interessen des Paten bzw. der Wirtschafts-, Industrie- und Finanzwelt in den jeweiligen Bevölkerungsschichten durchgesetzt werden. Das Fußvolk wird vom Staat und der Mafia gleichermaßen aus der einfachen Bevölkerung rekrutiert. Beamte im Verwaltungsdienst, Sozialarbeiter und Sachbearbeiter sowie Mitarbeiter vom Ordnungsamt haben das Volk in der Spur zu halten, es gegebenenfalls mit Sanktionen zu maßregeln. Für einen weitaus geringeren Personenkreis, jedoch mit gleichen Vorgaben, sind die Sonnenbrillen tragenden Maßanzugträger der organisierten Kriminalität zuständig. Hilft dies nicht, kommen die Schlägertrupps der Polizei und/oder Sondereinheiten bzw. der Organisierten Kriminalität. Der Staat ist darüber hinaus in der Lage, durch das Gesetz legitimiert, seine Macht notfalls mit militärischen Mitteln verteidigen zu können – auch gegen das eigene Volk (BVG-Urteil vom 3.7.2012, AZ 2 PbvU 1/11). Ähnlich wie bei den Schlägertrupps der Mafia, fragt auch bei der Polizei, deren Sondereinheiten oder der Bundeswehr keiner der Befehlsempfänger nach dem Sinn des Befehls und dem darin enthaltenen Wahrheitsgehalt, sondern führt jeden noch so widersinnigen Einsatz, frei von eigenem Willen durch.

Legale und illegale Drogen

Am Beispiel der »legalen und illegalen Drogen« wird die Farce des Staates genauso deutlich, wie die Tatsache, dass sich legale und illegale Personenkreise ähnlicher sind, als manch einem lieb sein dürfte. Während die kriminelle Gesellschaft einen Teil ihrer Gewinne aus dem Handel mit Kokain, Cannabis, Heroin und anderen Substanzen zieht, verdient der Staat an Tabak, Kaffee und Alkohol. Welche Drogen legal konsumiert werden dürfen bestimmt der Staat. Bei den politischen Entscheidungen in diesem Bereich geht es nicht darum, welche Substanz den Konsumenten am wenigsten Schaden zufügt, sondern um die Verteidigung des Monopols. Ginge es um das Wohl der Konsumenten, müssten diese frei entscheiden dürfen, was sie

konsumieren möchten.

Zum Vergleich: Der Alkoholkonsum fordert bundesweit jährlich etwa 74.000 Todesopfer*. Laut einer gesundheitsökonomischen Schätzung aus dem Jahr 2007 beträgt der volkswirtschaftliche Schaden für die Behandlung der Folgen des Alkoholkonsums 26,7 Milliarden Euro pro Jahr*. Der Tabakkonsum kostet hierzulande jährlich bis zu 120.000 Menschen* das Leben. Der Konsum von illegalen Drogen wie Kokain, Ecstasy und sonstigen bewusstseinsverändernden Substanzen hat 2011 gerade mal 986 Konsumenten dahingerafft. Der »Missbrauch« von Cannabis hat Null Todesopfer hervorgerufen. 2,4 Millionen Cannabiskonsumenten und 645.000 Konsumenten anderer illegaler Drogen stehen 19 Millionen Rauchern und 8,3 Millionen täglich Alkohol Konsumierenden gegenüber. Selbst wenn diese Zahlen angeglichen werden – 3,045 Mio. Konsumenten illegaler Drogen mit 986 Toten und 27,3 Millionen. mit 194.000 Toten, sterben an den legalen Drogen immer noch weitaus mehr als an den illegalen. Selbst wenn man die bundesweit durch die Drogenkartelle umgebrachten Personen mit hinzurechnet, liegt die Zahl der Toten unter der der legalen Drogen. Man muss kein Mathematikprofessor sein, um die Faktenlage zu erkennen. Dies verschweigen die Verantwortlichen jedoch nur all zu gern. Letzten Endes ist der Staat nichts anderes als der Zwischen(drogen)händler (Tabak, Kaffee , Alkohol u.s.w.) von Industrie und Verbraucher. Er legalisiert bewusstseinsverändernde Substanzen wie Alkohol und verharmlost den Genuss von Tabak und Kaffee – einzig und allein wegen des Profits. (*Quelle: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e. V.)

Legales und illegales Glücksspiel

Beim Glücksspiel sieht es ähnlich aus wie bei den Drogen. Der Staat gibt vor, was erlaubt ist und was nicht. So lange wie die Spiele zur Unterhaltung und ohne finanzielle Interessen durchgeführt werden, bleibt der Staat außen vor. Kommt jedoch Geld mit ins Spiel, hält der Staat das Steuersäckl auf. Glücksspirale, Eurolotto und Sportwetten sind die Gesellschaftsspiele für die Masse. Internetspiele werden dagegen verboten oder soweit reglementiert, dass Spieler die Lust verlieren daran teilzunehmen. Um dem Gasthausbesucher die Zeit mit der Aussicht, das in den Alkohol investierte Geld bei einem Glücksspiel zurück zu bekommen, hängen in taktisch kluger Nähe zum Tresen Spielautomaten. Die feinere

Gesellschaft der Mittel- und Oberschicht vergnügt sich in den Casinos bei Poker, Black Jack und Roulette oder auf der Pferderennbahn.

Waffenhandel

Es gibt kein Geschäft, bei dem Staat und organisierte Kriminalität nicht ihre Finger im Spiel haben. So auch beim Waffenhandel. Weltweit erscheinende Bücher berichten seit Jahrzehnten über die korrupten und legal illegal oder nur illegal agierenden Waffenproduzenten -händlern und deren Kunden. In Deutschland war Karlheinz Schreiber ein stets verlässlicher Partner für Industrie und Abnehmer. Daneben gibt es die aus staatlicher Sicht rein illegal handelnden Waffenhändler, wie den Syrer Monzer al-Kassar mit dem Spitznamen »Prinz von Marbella«, und den Russen Wiktor Anatoljewitsch But, der seine Ware mit Großraumflugzeugen in alle Länder der Erden, bevorzugt nach Afrika, verfrachtete. But ist auch als »Händler des Todes« bekannt und wird in dem gleichnamigen Film von Nicolas Cage gespielt. Diese Herren bilden jedoch nur die Spitze des Eisbergs und befinden sich zudem inzwischen in Haft. Die legalen Waffenproduzenten und deren Zulieferer haben Namen mit Weltruf: Rheinmetall, Thyssen, Heckler&Koch, Walther, EADS, Daimler und Siemens sind nur die bekanntesten der Firmen, die Waffen produzieren oder die die Technik für die Waffensysteme liefern. Sie verschieben ganze Panzereinheiten, Flugzeugstaffeln und Raketensysteme in alle Herrenländer. Ganz zu schweigen von den Millionen an Hand- und Schnellfeuerwaffen, Granaten und Minen.

Steuer und Schutzgeld

Der Staat nennt es Steuer, die Mafia Schutzgeld. Der Begriff ist eigentlich egal. Für das Kassieren wird von beiden Seiten der selbe Grund angeführt. Es geht um die territoriale Sicherheit und Infrastruktur. Insbesondere seit den Anschlägen von Amerika im Jahr 2001, liegen diese Gründe neben den Aufwendungen für die seit 2008 herrschende Bankenkrise und die, als »Hartz-4-Schmarotzer« denunzierten Bezieher von staatlichen Leistungen ganz weit vorne, wenn es darum geht, den Steuerzahlern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Immer wieder werden von staatlicher Seite aus neue »alternativlose« Gründe hervorgebracht, um noch mehr Geld zu kassieren. Die Gründe der Mafia sind gleichermaßen aus der Luft

gegriffen. Ob nun jemand sagt, er kassiere die Schaumweinsteuer, die im vergangenen Jahrhundert zur Finanzierung der Kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt wurde, für die Sicherheit des Volkes oder jemand sagt, er kassiert »Steuern« damit die Geschäftsleute im Bezirk in Ruhe leben und arbeiten können – ganz ohne weitere Angabe von Gründen. Wer sich auf die erkauften, vorgegaukelten staatlichen Sicherheitsversprechen verlässt, sollte sich den Fall des Bremers Murat Kurnaz anschauen. Dieser wurde nach den Anschlägen am 11. September 2001 in Pakistan verhaftet, gegen ein Kopfgeld an die Amerikaner ausgeliefert, in das Gefängnis nach Guantanamo gebracht und dort bis zum August 2006 verhört und gefoltert. Am Ende wurde Kurnaz aus Mangel an Beweisen freigelassen. Fast Fünf Jahre saß er unschuldig in Gefangenschaft und wurde misshandelt. Der deutsche Staat hat sich in dieser Zeit einen Scheißdreck um ihn und seine Freilassung gekümmert und am Ende auch nur widerwillig wieder einreisen lassen. Darüber hinaus wurden zu dieser Zeit und werden vermutlich auch noch heutzutage von unseren Steuer(schutz)geldern zum Teil unschuldige Menschen mit Billigung des deutschen Rechtsstaates von anderen demokratischen Staaten entführt, über, in Deutschland liegende Flughäfen in andere Länder transferiert, um dort gefoltert und getötet zu werden. Ganz zu schweigen von den anderen Verbrechen, die wir mit unseren Steuern finanzieren und somit indirekt gutheißen.

Menschenhandel und Lohnsklaverei

Denn Menschenhandel mit der Lohnsklaverei hierzulande zu vergleichen wäre vermessen. Doch je nach Blickwinkel ergibt sich eine mafiöse Vorgehensweise bei der Sicherstellung staatlicher Interessen. Kriminelle Organisationen liquidiert missliebigen Mitarbeiter mit Waffen(Gewalt). Die Industrie vergiftet ihre Mitarbeiter und tötet durch ihre Skrupellosigkeit auf Raten. Die weltweite Abholzung der Regenwälder, Umweltzerstörungen durch Erdöl- und Erdgasförderung, Verschmutzung der Weltmeere mit Plastik-, Sonder- und Atommüll, Ausbeutung der ärmsten Bevölkerung durch menschenverachtende »Arbeitsverhältnisse« – auch eine Art von Gewalt. Der Gedanke, dass der Menschenhandel der Mafia in seinen Abläufen um einiges brutaler erscheint, verliert sich, wenn man sich die Informationen zu den Arbeitsbedingungen in anderen Ländern anschaut.

Alle, die wir für Heller und Pfennig arbeiten gehen, sind wir die Nutten

der Wirtschaft. Unsere Zuhälter sind unsere Arbeitgeber, die im direkten Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Auftraggebern, der Wirtschaft stehen. Dazwischen agiert hilflos die Politik, die (leider noch immer mit Erfolg) versucht dem Volk Gerechtigkeit und eine sichere Zukunft vorzugaukeln. Die (Arbeits-)Verträge werden jedoch, wie bei der Mafia auch, direkt mit den Arbeitgebern (Zuhältern) und ohne dem Beisein des Staates geschlossen. Im Zusammenhang mit Leiharbeitsfirmen fällt immer wieder das Wort »Sklavenhändler«. Dieser Begriff kommt nicht von ungefähr, sondern beschreibt eine Tatsache. Selbst Konzerne besitzen ihre eigenen Leih(Sklaven)arbeitsfirmen, mit denen sie Festanstellungen umgehen und überschüssiges Personal jederzeit abziehen können. Früher wurden Sklaven auf dem Marktplatz oder direkt vom Schiff herunter verkauft. Heute findet dieser Handel über Zwischenhändler, wie Agentur für Arbeit, Jobcenter oder Leiharbeitsfirmen statt. Die Löhne sind für einen nicht geringen Teil der Beschäftigten so niedrig, dass sie als Bittsteller zum Jobcenter gehen müssen, damit ihr Lohn »aufgestockt« wird. Für manch einen von uns ist es somit völlig unerheblich, ob er eine Absage vom Amt bezüglich seines Leistungsanspruchs bekommt oder ihm irgendjemand eine Knarre vor die Fresse hält. Ganz nebenbei erwähnt, stellt jeder »Aufstocker« einen durch den Staat subventionierten Angestellten dar.

Geschrieben von Olly

Bild Text: Struktureller Aufbau der Mafia (Grafik von Christopher Sch.)

So etwas hat es früher nicht gegeben! – Licht aus, Knarre raus

Über die Weiterentwicklung beim ADS und die Fortschritte bei 3D-Druckern

Zum Jahreswechsel neue Trends aufzuspüren, gleicht der berühmten Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Vergeblich war ich unterwegs. Sei es zu Fuß, um die Neuigkeiten der Stadt zu erkunden oder auf der Datenautobahn im Internet. Nirgendwo fand sich ein Trend, der es lohnt Erwähnung zu finden. Alle kreativen Köpfe und Tüftler scheinen in ihren Kämmerlein zu sitzen und an neuen Ideen zu feilen oder befinden sich im Winterschlaf, um sich von den Strapazen des vergangenen Jahres zu erholen. Lediglich die Modeindustrie ist eifrig damit beschäftigt, die Kollektionen für die nächste Saison vorzustellen. Da sich darunter aber keine tragfähige Widerstandskleidung befindet, konzentriere ich mich mit diesem Bericht auf die Weiterentwicklungen und Fortschritte bei den von mir in der Vergangenheit vorgestellten Trends.

CHAMP

Der CHAMP (Counter Electronic High Power Microwave Advanced Missile Project) ist eine Weiterentwicklung des ADS (Active Denial System – siehe Ausgabe 18). Der Lenkflugkörper zerstört mit seinen Mikrowellen die Technik von Rundfunkanlagen, Produktionsstätten und Kommandozentralen des jeweiligen Gegners. Unter der Führung des Air Force Research Laboratory arbeiten Unternehmen wie Boeing, die Sandia National Laboratories (Hochenergie-Impulsgenerator) und Raytheon Ktech (Mikrowellensystem) seit 2009 an dem Projekt. Mit einem Auftragswert von 38 Millionen US-Dollar ist das Projekt gerade zu als günstig zu bezeichnen.

Das Unternehmen Boeing gibt auf seiner Internetseite bekannt, dass der Einsatz von CHAMP »wenig bis gar keine Kollateralschäden« verursachen soll. Die Firma Raytheon, die das AD-System entwickelt hat, weiss um die gesundheitlichen Gefahren, die das AD-System birgt. Die Mikrowellenstrahlung, die vom ADS abgegeben wird, erhitzt wenige Millimeter unter der Haut die Körperflüssigkeit und verursacht dadurch extreme

Schmerzen. Die Auswirkungen des AD-Systems auf die Gesundheit des Menschen sind umstritten. Die wage Aussage von Boeing und die Erfahrungswerte mit dem AD-System, lassen Zweifel an der Unbedenklichkeit von CHAMP aufkommen. Nur die Messergebnisse über die Strahlungsintensität der Mikrowellen könnten Bedenken aus dem Weg räumen.

Eine Versuchsreihe fand bereits statt. Dabei befand sich der Flugkörper etwa eine Stunde in der Luft. In dieser Zeit flog er sieben Ziele an, die auf der Utah Test and Training Range aufgebaut waren und griff sie mit seinem Mikrowellensender an. Das Video* von Boeing zeigt, wie Bildschirme ausgehen, weil die Technik der Computer durch den Angriff zerstört wurde. Menschen sind auf dem Video nicht zu sehen. Somit unterliegt die Aufklärung über die wahren Auswirkungen auf die Gesundheit weiterhin dem Wohlwollen der beteiligten Unternehmen. Spätestens nach den ersten offiziellen Einsätzen von CHAMP wird diese Frage beantwortet werden.

Ob es Regimegegnern, wie beim AD-System, gelingen wird eine, wenn auch bedeutend schwächere Version nachzubauen, bleibt die spannende Frage, die hoffentlich eines schönen Tages mit Ja beantwortet werden kann.

Wenn man also in Zukunft ein Flugobjekt sieht auf dem Boeing steht, muss das nicht zwangsläufig ein Ferienflieger sein, der über das Haupt hinweg schwebt. Dank dieser fliegenden Mikrowelle kann ich wieder einmal schreiben: So etwas hat es früher nicht gegeben!

* www.boeing.com/features/2012/10/bds_champ_10_22_12.html

Neuigkeiten über den 3D-Drucker

In Ausgabe 11 berichtete ich euch über den 3D-Drucker der Stratasys, mit dem man sich Alltagsgegenstände wie Teller, Tassen oder Spielzeugfiguren drucken kann. Einem Amerikaner

ist es gelungen sich mit eben solch einem 3D-Drucker Teile für eine schussfähige Waffe herzustellen. Nach eigenen Angaben konnte er mit dem Eigenbau des halbautomatischen Gewehrs vom Typ AR-15, ein Schwestermodell der Amerikanischen Standard-Armee-Waffe M16 200 Schuss abgeben. Nur mit der automatischen Kugelnachladung sei es zu erwähnenswerten Problemen gekommen. Diese seien jedoch eher auf einen Fehler im Bauplan, als auf seine Produktionsmethode zurückzuführen, sagte der »Waffenschmied« und Betreiber der Internetseite haveblue.org auf der die Herstellung dokumentiert ist.



»HaveBlue« steht mit seiner Idee nicht alleine da. Cody Wilson, Gründer der amerikanischen Gruppe »Defense Distributed« ist von einer Pistole begeistert, deren Bauplan sich jeder im Internet herunterladen könne. Bei einem Test brach die Waffe nach sechs Schüssen auseinander. Dem amerikanischen Magazin »Wired« gegenüber kommentierte Wilson, man habe damit gerechnet, dass es binnen 20 Schüssen passieren

würde. Die Gruppe sei davon ausgegangen, dass die Waffe brechen werde, allerdings nicht ganz so schnell. Informationen von »Wired« zufolge hat »Defense Distributed« mittlerweile zwei Firmen aus Austin und San Antonio als Unterstützer gewinnen können. Sie ermöglichen ihnen die Waffen zu drucken und zu testen. Mal sehen, was der Drucker noch so alles kann.

Und obwohl beide von mir vorgestellten Projekte nur Weiterentwicklungen sind, kann ich sagen: So etwas hat es früher nicht gegeben! Euer Trend-Scout

Scharf, schärfer, am schärfsten – Das amerikanische Waffengesetz auf dem Prüfstand?

Mit dem Massaker von Newtown/USA, bei dem der 20-jährige Adam Lance in einer Grundschule 20 Kinder und sechs Lehrerinnen erschossen hat, ist die Diskussion um das amerikanische Waffengesetz erneut auf dem Prüfstand. Der amerikanische Präsident Barak Obama forderte schärfere Regeln für die Vergabe von Waffen.

Der Waffengegner David Chipman sagte: »Wenn man ein Bier kaufen will, muss man einen Ausweis vorlegen, um zu beweisen, dass man 21 Jahre alt ist. Wenn man hingegen eine Waffe kaufen will, wie die, die der Attentäter bei dem Massaker verwendete, muss man weder einen Ausweis vorlegen, noch 21 Jahre alt sein.«

Die Waffenbefürworter halten dagegen: »Nicht die Waffen, die Psyche der Menschen ist Schuld.« Die leichte autistische Behinderung von Lance kommt ihnen somit gerade recht, um sich in ihrer Behauptung bestätigt zu wissen.

Die Medien hierzulande brüsten sich stolz mit der Sicherheit im eigenen Land. Doch ein Mal mehr hinkt der Vergleich, wenn sie sagen: »In Amerika (312 Mio. Einwohner) sterben jedes Jahr 9.960 Menschen durch Schusswaffen und in Deutschland (81,3 Mio. Einwohner) im gleichen Zeitraum nur 158. In Mexiko (120 Mio. Einwohner) sterben jährlich 24.374 (2010) zumeist durch Schusswaffen. Vor dieser Zahl verblast auch die Mordrate der Amerikaner. Jedoch muss man bedenken, dass die Waffen, die in Mexiko verwendet werden, ebenfalls aus amerikanischen Waffenläden stammen. Die Waffengesetze stellen somit nicht nur für US-BürgerInnen eine Gefahr dar, sondern auch für die Länder in direkter Nachbarschaft.

Sei wie es sei. Die Macht von »Yes, we can«-Obama hat seine Grenzen. Auch der Titel eines Friedensnobelpreises kann daran nichts ändern. Den Schritt in ein allgemeines Waffenverbot kann und wird er nicht wagen. Das Schießwütige Volk und die Waffenindustrie würde ihm den Kennedy machen und sich durch einen Lee Harvey Oswald den II. des Problems entledigen. Nach den großen Worten Obamas werden demnach, wenn überhaupt, nur geringe Verschärfungen im Waffengesetz stattfinden. Da bleibt also für Reden nach zukünftige Attentaten und Massakern noch viel Platz nach Oben, um die bestehenden Waffengesetze zu verschärfen – scharf, schärfer am schärfsten – bis es keine Waffen mehr gibt oder der letzte Mensch mit rauchenden Colt vor der vorletzten Leiche steht, die dieser Planet hervorbringen wird.

In Sachen Sinnfreiheit sind sich alle Politiker weltweit einig

Lauthals verkündet US-Präsident Obama nach dem Attentat in Aurora, dass er strengere Richtlinien für die Abgabe von Waffen einführen wolle und dass ein Sturmgewehr, wie jenes, das der Attentäter James Holmes verwendete, in die Hände von Soldaten und nicht die von Kriminellen gehöre“.

Soweit so gut. Nur hat Obama dabei nicht beachtet, dass der Attentäter von Aurora aus krimineller Sicht ein unbeschriebenes Blatt war. Er hatte keine Vorstrafen und es ist somit im Vorfeld für den Händler der ihm die Waffe verkaufte nicht ersichtlich oder zu erahnen gewesen, was sein Kunde mit dem Sturmgewehr vor hatte.

Davon abgesehen ist ein Sturmgewehr in den Händen eines Soldaten nicht legaler nur weil Obama dies sagt. Denn die US-Soldaten werden in den überwiegenden Fällen ihrer Einsätze zu kriminellen und Menschenrechts verletzenden Handlungen angetrieben, jedoch im Auftrag der Regierung!

Darüber hinaus stellt sich die Frage: Wie scharf sollen die Waffengesetze noch werden?

Der Amoklauf von Salt Lake City, Philadelphia, Colorado, der Sprengstoffanschlag von Oklahoma City und nicht zu guter Letzt die tagtägliche Kriminalität auf den Straßen der US-Metropolen würden eine strenge Waffenfreigabe rechtfertigen. Stattdessen stehen Polizisten in den USA noch immer vor der Aufgabe, sichergestellte Waffen als legal oder illegal zu identifizieren. Daraus ist ersichtlich, dass die US-Regierung keine ernsthaften Absichten hegt, der Waffenindustrie das Geschäft zu versauen und den Bürgern die „Freiheit“ der Waffenwahl zu nehmen. Obamas „Yes, we can“ ist zu einem „Yes,

we can't" geworden, in fast allen Bereichen.

Scheinheiligkeit lässt grüßen!

P.S. Meine Anfrage an den Hersteller der Tatwaffe, ob die Ladehemmung der Waffe auf Produktions- beziehungsweise Handhabungsfehler oder auf die bewusst geplante Obsoleszenz zurückzuführen sei, wurde nicht beantwortet.